

# Zwischen Sparzwang und Solidarität: Die neuen Realitäten der Wohlfahrt

Der soziale Sektor und mit ihm der Sozialstaat stehen zunehmend unter Druck. Sein gesellschaftlicher Stellenwert ist akut bedroht.

Unsere Arbeit steht auf allen Ebenen im Feuer, sei es auf Bundes-, Landes oder kommunaler Ebene. Mehr und mehr sind wir einem wachsenden Legitimationsdruck ausgesetzt.

Der Angriff auf das Bürgergeld oder die Missbrauchs-Unterstellungen zur Rechtfertigung der Bezahlkarte sind Beispiele, wie soziale Absicherung und damit auch Verteilungsfragen und Gerechtigkeitsfragen diskreditiert werden.

Menschen im Transferleistungsbezug werden gegen Niedriglohnpfänger: innen ausgespielt, und bei beiden Gruppen werden Ressentiments gegen Geflüchtete geschürt.

Diese Politik steht im Widerspruch zu den Werten der Diakonie und der Freien Wohlfahrtspflege – zu unseren Werten der Nächstenliebe, Solidarität und Menschenfreundlichkeit.



Foto: © Diakonie Berlin-Brandenburg/Hoffotografen

Dies ist zunehmend die Folie, vor der die Verteilungskämpfe bei enger werdenden öffentlichen Haushalten stattfinden.

Massiv stemmen wir uns gegen diesen Paradigmenwechsel und wachsenden Legitimationsdruck. Gesellschaftspolitische Kernthemen wie Pflege, Existenzsicherung, Jugend und Bildung rücken im Kampf um Mandate und die politische Meinungshoheit immer weiter in den Hintergrund. Diakonie und die gesamte Wohlfahrtspflege erleben eine Zäsur, die uns vor gravierende Herausforderungen stellt.

## Kraftprobe für das Subsidiaritätsprinzip

Unsere zweite Halbzeit der LIGA-Federführung in Berlin wurde zur Bewährungsprobe für das Subsidiaritätsprinzip. Nicht dem Staat allein die Aufgabenerfüllung der sozialen Angebote und damit die Definitionshoheit über die Ausgestaltung zu überlassen ist ein urdemokratisches Prinzip, das die Vielfalt wahrt und der Gefahr einer totalitären staatlichen Kontrolle entgegenwirkt. Es schützt die Zivilgesellschaft, garantiert eine weltanschauliche Vielfalt sowie das Wunsch-

und Wahlrecht der Nutzer:innen hunderter Versorgungs- und Beratungsangebote in Berlin, Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz.

2024 wurde es existentiell wichtig, die Kräfte der fünf starken Berliner Wohlfahrtsverbände zum Schutz dieser dringend benötigten Angebotsvielfalt zu bündeln. Die Freie Wohlfahrtspflege war in Berlin präsenter denn je, entwickelte die neue, selbstbewusste Haltung aus 2023 weiter. Als zweitgrößte Branche Berlins mit 107.000 Hauptamtlichen gaben wir der Landesregierung das unmissverständliche Signal: Sozialkürzungen haben gravierende, gesellschaftliche und nicht zuletzt politische Folgekosten. Dabei standen zunächst Kürzungen durch die Hintertür, wie gleichbleibende Ansätze ohne Berücksichtigung von Tarif- und Sachkostensteigerungen oder die Ausstellung vorläufiger und befristeter Bescheide im Mittelpunkt. Vor der Sommerpause verschärfte sich die Situation: Der Senat plante weitere ressortübergreifende Einsparungen von 10 Prozent. Die Koalition entschied im kleinsten Kreis, ohne strategische Steuerung, ohne echte soziale Zukunftsperspektive. Wir machten Legislative und Öffentlichkeit regelmäßig darauf aufmerksam, dass die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger zunehmend unbeantwortet bleiben. Im November und Dezember gingen wir mit diversen Demonstrationen zu Jugendhilfe, Schwangerschaftskonfliktberatung und weiteren auf die Straße. Schließlich positionierten wir uns mit 5.000 Mitarbeitenden und Unterstützer:innen lautstark vor dem Abgeordnetenhaus, um den Kürzungen die rote Karte zu zeigen. Unsere zwölfmonatigen Aktivitäten führten zu einigen Korrekturen im

Gesundheitsetat, Rücknahme von Kürzungen in der Jugendhilfe und einem ausgewogenerem Sozialhaushalt. Ein Blick auf die kurzfristigen Folgekosten macht deutlich Die Bundestagswahlresultate in Berlin zeigen den klaren Wunsch der Wähler:innen nach einem sozialen Berlin. In den Jahren unserer LIGA-Federführung haben wir gezeigt, welche Energien wir in unseren Verbänden heben konnten, welche positive Wirkkraft wir in unseren Einrichtungen, Initiativen und Projekten entwickeln. Und welchen Einfluss wir als Freie Wohlfahrtspflege haben können, wenn Konkurrenzen zurückgestellt werden und wir geschlossen gemeinsam agieren.

Mit dem Start des Senatsprojektes zur Vereinfachung und Optimierung der Zuwendungspraxis konnten wir ein wichtiges Thema nach vorne entwickeln. In vier Themenbereichen werden zukünftig Veränderungen, die uns als Liga besonders auf den Nägeln brennen, wie Pauschalierung der Verwaltungsgemeinkosten und die überjährige Bewilligung von Leistungen erprobt.

## Sachpolitisch überzeugen in Brandenburg

»Migration ist nicht das einzige Thema« – mit diesem Leitmotiv begleiteten wir das Brandenburger Superwahljahr auf kommunaler und Landes- und Europaebene. Schon im Juni hatte teils völkisches Gedankengut in fast allen Landkreisen die kommunalen Mehrheitsverhältnisse erheblich verschoben. Inmitten verschleppter infrastruktureller Reformen im Land, fehlender Lösungen für Pflege- und Eingliederungsfragen auf Bundesebene und ideologischer Verwerfungen

setzten wir auf politische Information: Mit sämtlichen zur Wahl antretenden Parteien entwickelten wir erstmalig den »Sozial-O-Maten« – auf Landesebene, einen unkomplizierten und spielerisch gestalteten Einstieg in sozialpolitische Themen.

Unsere Social-Media-Kampagne erreichte 800.000 Menschen, die eine neutrale Orientierung zwischen aufgeheizten Debatten suchten. Durch ihre Teilnahme haben sich 50.000 Menschen mit Fragen zu Pflege, Gesundheitsversorgung, Demokratie und Armutsbekämpfung beschäftigt. Selbst wenn nicht alle die Partei wählten, mit der sie die größte Übereinstimmung erzielten, konnten sie doch ihr Verständnis für soziale Themen erweitern. Schließlich entschieden sich bei der Wahl fast 70 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger für eine Regierung auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Allerdings muss uns die hohe Zustimmung der Wähler:innen zur AfD Sorgen bereiten, denn diese Partei greift die Freie Wohlfahrtspflege immer wieder an und stellt unsere Arbeit grundsätzlich in Frage. Wir sind gefordert, weiterhin Haltung zu zeigen und Lösungen zu entwickeln, um die Menschen für die Demokratie zurückzugewinnen.

In den Brandenburger Koalitionsgesprächen konnten sich SPD und BSW auf unsere sozialpolitischen Handlungsempfehlungen stützen. Unter dem Motto »Mit Respekt, Toleranz und Engagement für ein lebenswertes Brandenburg« haben unsere Expertinnen und Experten notwendige und realistisch umsetzbare Maßnahmen in elf Arbeitsfeldern definiert und allen Parteien sowie der Öffentlichkeit auf Einladung der

Landespressekonferenz zur Verfügung gestellt. Damit unterstützt die Diakonie mit großer fachlicher Expertise eine Politik, die gute Rahmenbedingungen für soziale Angebote für alle Menschen schafft. Ohne Ansehung von Herkunft, Alter Geschlecht, kulturellem Hintergrund, sexueller Orientierung, körperlicher, geistiger oder seelischer Einschränkung.

## Politischer in eine gute Zukunft

Aus den Erfolgen und Erfahrungen von 2024, aus LIGA-Federführung und einem Sozialstaat im Kürzungsdruck haben wir gelernt: Politik braucht künftig intensivere Beratung in sozial –und gesundheitspolitischen Themen. Wir müssen unser Potential, unsere Expertise und Erfahrung noch stärker nutzen, um als starke Stimme für soziale Gerechtigkeit und Menschlichkeit wirksam zu sein. Wir werden künftig Politik noch effektiver mitgestalten, unsere Lobbyarbeit in Politik und die Öffentlichkeit hinein optimieren, eine einheitliche Fortbildungsbasis schaffen und vor allem wesentlich enger vernetzt mit Mitgliedern für Mitglieder sachpolitische Themen setzen. Mit der Expertise zehntausender Mitarbeitender wollen wir den Untergangsszenarien und ausgrenzenden Narrativen eine gute Vision einer fachlich fundierten, auf Nächstenliebe gegründeten Sozialpolitik in unseren Bundesländern gegenüberstellen. Nur so schaffen wir eine neue Zuversicht, die unser Land jetzt so dringend braucht.

### **Andrea Asch**

Vorständin Diakonisches Werk  
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz